

Südkoreas abgesetzter Präsident nach Martialrecht aus dem Amt entfernt

Südkoreas Verfassungsgericht hat Präsident Yoon Suk Yeol nach seiner umstrittenen martialischen Gesetzeserklärung aus dem Amt entfernt. Neuwahlen stehen innerhalb von 60 Tagen an.

Zusammenfassung

- Das Verfassungsgericht Südkoreas hat Präsident Yoon Suk Yeol am Freitag einstimmig aus dem Amt entfernt, nachdem er im Dezember kurzzeitig das Kriegsrecht ausgerufen hatte.
- Die acht Richter bezeichneten seine Handlungen als einen „schweren Verrat am Vertrauen des Volkes“.
- Die Abgeordneten aufgehoben Yoons Dekret vom Dezember, das er mit angeblichen Bedrohungen durch „antistaatliche Kräfte“ rechtfertigte, innerhalb von nur sechs Stunden.
- Nun ist in Südkorea innerhalb von 60 Tagen eine Neuwahl erforderlich.
- Der Oppositionsführer Lee Jae-myung, der 2022 knapp gegen Yoon verlor, hat sich als potenzieller Kandidat für die nächste Präsidentschaft herauskristallisiert.

Diese Zusammenfassung wurde von KI generiert und von CNN-Redakteuren überprüft.

Seoul, Südkorea — Das höchste Gericht Südkoreas hat Präsident Yoon Suk Yeol aus dem Amt entfernt, was den jahrelangen politischen Streit und Unsicherheiten beendet, die nach seiner kurzfristigen Kriegserklärung im Dezember entstanden waren.

Dieser Schritt hat das Land in eine Phase politischer Turbulenzen gestoßen.

Die Entscheidung des Verfassungsgerichts

Das Urteil des Verfassungsgerichts am Freitag markiert Yoons formelle Absetzung nach der parlamentarischen Entscheidung, ihn im letzten Jahr zu impeachen. Seine Abberufung tritt sofort in Kraft, was bedeutet, dass er nun die Präsidialresidenz räumen muss, und es wird eine Wahl zur Bestimmung seines Nachfolgers erforderlich.

Der einstige Staatsanwalt und Politiker, der durch seine Rolle bei der Amtsenthebung und Verurteilung einer anderen Präsidentin Berühmtheit erlangte, erlebt nun seinen eigenen dramatischen Fall aus der Gnade.

Politische Auswirkungen und Reaktionen

Die Entscheidung kommt zu einem kritischen Zeitpunkt, da der Verlust seines Amtes eine bedeutende globale Wirtschaft und einen wichtigen US-Verbündeten ohne Führung zurücklässt. Insbesondere in Anbetracht der sich verändernden geopolitischen Landschaft, auch durch die Agenda von US-Präsident Donald Trump, die traditionelle außenpolitische Normen in Frage stellt.

Das einstimmige Urteil der acht Richter beschrieb Yoons Handlungen als „schweren Verrat am Vertrauen des Volkes“. Chief Justice Moon Hyung-bae kritisierte in einer scharfen Zurechtweisung die chaotischen Ereignisse der Nacht vom 3. Dezember, als Yoon Soldaten ins Parlament entsandte und befahl, Abgeordnete „herauszuziehen“. Die Handlung war seiner Meinung nach nicht zu rechtfertigen; es lag keine nationale Notlage vor, und die Dekretierung war schlichtweg verfassungswidrig.

Die Folgen und kommende Wahlen

Yoon wurde im Januar wegen Anklagen einer Rebellion verhaftet, kam jedoch im März nach Aufhebung seines Haftbefehls wieder frei. Er bedankt sich bei seinen Unterstützern und äußerte sich enttäuscht darüber, „nicht ihren Erwartungen entsprochen“ zu haben. Die Reaktionen in Seoul waren gemischt; während Yoons Gegner jubelten, waren seine konservativen Anhänger eher betroffen.

Trotz der Absetzung sieht sich Yoon weiterhin anderen rechtlichen Herausforderungen gegenüber, einschließlich seines Verfahrens wegen Hochverrates. Im südkoreanischen Recht ist es Pflicht, innerhalb von 60 Tagen nach seiner Absetzung eine Neuwahl abzuhalten.

Ein möglicher Kandidat für das Präsidentenamt könnte Oppositionsführer Lee Jae-myung sein, der bei der Präsidentschaftswahl 2022 Yoon knapp unterlag. Lee bedankte sich nach dem Urteil bei den Bürgern, die „die demokratische Republik Korea geschützt haben“, und betonte den Wunsch, Frieden und wirtschaftliche Stabilität wiederherzustellen.

Von der politischen Bühne verbannt

Yoon ist nun der zweite Präsident, der durch das Verfassungsgericht abgesetzt wurde, und hält den Rekord für die am kürzesten amtierende gewählte Führungsperson in der Geschichte Südkoreas. Vor seiner Präsidentschaft war Yoon ein Star-Staatsanwalt und eine Schlüsselfigur in den Ermittlungen gegen die vorherige Präsidentin Park Geun-hye, die 2017 wegen Korruption und Machtmissbrauch aus dem Amt entfernt und 2018 verurteilt wurde.

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at